



BERLIN DEPESCHE

9. Jahrgang • Nr. 58

April 2010

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Die schwarz-gelbe Klientelpolitik

WAHLKREIS

- 3 Hannelore Kraft zu Gast in Porz
- 4 SPD-Frühjahrsempfang
- 4 Wahlkampfhelferfeier in der „StäV“

KÖLN

- 5 „Fraktion vor Ort“ mit Steinmeier
- 5 Erfolgreicher Start: „Dialogkreis Netzpolitik“
- 6 Die SPD-Landtagskandidaten

NRW

- 6 SPD-Landesparteitag

BUNDESTAG

- 8 Weitere Aufgaben von Martin Dörmann: Enquete-Kommission Internet, Unterausschuss Neue Medien, Beirat Bundesnetzagentur, SPD-Medienkommission
- 9 Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (Einsetzungsbeschluss)
- 11 SPD-Fraktion will netzpolitische Akzente setzen
- 11 Effektive Bekämpfung von Kinderpornografie
- 12 Bundestagsrede: Zugangerschwerungsgesetz
- 13 Bundeshaushalt 2010
- 15 Afghanistaneinsatz verlängert
- 15 Aktuelle Initiativen der SPD-Fraktion: Lasten der Krise gerecht verteilen; Nachhaltige Wirtschaftsstrategie; Positionen zu Wachstum, Arbeit und Teilhabe

SPD

- 17 Arbeitsmarktpolitisches Gesamtkonzept
- 18 Arbeitsprogramm des SPD-Parteivorstandes
- 18 Kampagne gegen die Kopfpauschale

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 19 Vorgestellt: Florian Pronold

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



Volle Unterstützung für Hannelore Kraft

Auf dem Landesparteitag der NRW SPD wurde Hannelore Kraft einstimmig zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 9. Mai nominiert (Bericht ab Seite 6)

*Enquête-Kommission
„Internet und digitale Gesellschaft“*

Infos ab Seite 9

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 23.3.2010

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Die schwarz-gelbe Klientelpolitik

Union und FDP missachten das Gemeinwohl

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist in der deutschen Geschichte wohl einzigartig, dass sich nur wenige Monate nach der Bundestagswahl **Bundespräsident Horst Köhler** „enttäuscht“ über die Arbeit der Bundesregierung äußert und sich genötigt sieht, vor überzogenen Steuersenkungen zu warnen – dem zentralen Wahlversprechen dieser Koalition.

In der Tat: das, was Schwarz-Gelb bislang „geleistet“ hat, empört: einen **Koalitionsvertrag**, der vieles offen lässt und zahlreiche Kommissionen beschäftigt. „Koalitionspartner“, die abwechseln die Rolle der **Opposition in der Regierung** übernehmen. Da schimpfen Union und FDP übereinander und die CSU-Landesgruppe streitet mit ihrer eigenen Parteiführung in München.

Gerade in einer Zeit, in der unser Land angesichts der Wirtschaftskrise Konzepte und Orientierung braucht, versagt diese **„Scheinregierung“**. Die **Kanzlerin** wird ihrer Verantwortung in keiner Weise gerecht und lässt mal wieder jegliche Führung vermissen. Sie duckt sich weg, wenn es um unbequeme Themen geht und lässt ihren Koalitionspartner wie gewohnt agieren.

Das konnte sie sich mit der SPD leisten, die die guten Konzepte in der **Großen Koalition** ausgearbeitet hat, von der **Bankenrettung** bis zu den erfolgreichen **Konjunkturpaketen**. Nur deshalb hat Deutschland bislang die Krise weit besser gemeistert als alle anderen vergleichbaren Länder in Europa, gerade auf dem **Arbeitsmarkt**.

Die FDP steht aber in lange nicht mehr da gewesener Weise für eine reine **Klientelpolitik**. Gestärkt durch ein gutes Wahlergebnis haben sie die **Kopfpauschale** und eine ökonomisch unsinnige **Milliardenentlastung für Hoteliers** durchsetzen können – und zwar zu Lasten einer höheren **Neuverschuldung!**

Mit **Finanz- und Wirtschaftskompetenz** hat das nichts zu tun – sehr wohl aber mit einer Pflege der eigenen Wählerklientel. Da passt es ins Bild, dass „Außenminister“ **Guido Westerwelle** bevorzugt seinen Freundeskreis mit auf Auslandsreisen nimmt. Dass er auf berechnete Fragen so dünnhäutig reagiert und Kritik mit angeblich drohendem „Schaden für Deutschland“ abzuwehren versucht, zeigt einmal mehr, dass er jedes Maß verloren hat. Sein Satz „Ihr kauft mir den Schneid nicht ab“ hätte man von seinen Vorgängern niemals gehört. So führt sich doch eher ein Pennäler auf:



mal tobend, mal grinsend, aber immer ohne Souveränität und das Gefühl für die richtige Balance. Eine größere Fehlbesetzung kann es wohl kaum geben. Mal abgesehen vielleicht von **Dirk Niebel**, der ausgerechnet das **Entwicklungshilfeministerium** führt, das er vor der Wahl am liebsten abschaffen wollte. So sind sie eben, die „Liberalen“ von heute – gerade, wie es beliebt.

Selbst viele Abgeordnete aus den Reihen der **Unionsfraktion** sprechen einen in diesen Tagen an. Sie klagen über die maßlosen Attitüden der Kollegen der **FDP**, die viele nicht für regierungsfähig halten. Nun hält sich das Mitgefühl an dieser Stelle in Grenzen. Schließlich handelt es sich ja um den erklärten „Wunschpartner“. Was allerdings schon fassungslos macht, ist die Frechheit und Ignoranz, mit der am Ende das **Gemeinwohl** zugunsten einer bloßen **Partei- und Klientelpolitik** zurückgedrängt wird – eben mit Unterstützung der Union.

Umso mehr wird es nun darauf ankommen, dass von der **Landtagswahl in NRW am 9. Mai** das richtige Signal ausgeht. Schließlich war die schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf der geplante Vorläufer für die heutige Bundesregierung. Eine Niederlage wäre die richtige Antwort auf das Chaos in Berlin. Und man könnte die schwarz-gelbe Bundesratsmehrheit knacken und somit letztlich beispielsweise die Kopfpauschale stoppen.

Verdient hätten **Rüttgers** und **Pinkwart** eine **Abwahl** allemal. Nicht nur, weil sie selbst dem Berliner Koalitionsvertrag zugestimmt haben (auch wenn sie manchmal so tun, als ob sie nicht dabei gewesen wären). Vor allem kann **Schwarz-Gelb** in der **Landespolitik** keine echten Erfolge nachweisen, bleibt stattdessen beispielsweise in der Bildungspolitik hinter allen Versprechungen weit hinterher.

Auch in NRW bietet die **SPD** die besseren Konzepte – und mit **Hannelore Kraft** eine glaubwürdige und kompetente Spitzenkandidatin. Die Wählerinnen und Wähler haben es selbst in der Hand, wie sie regiert werden wollen.

Herzlichst

Euer

Hannelore Kraft zu Gast beim Empfang der SPD Porz/Poll

Toller Abschied für den früheren Bezirksvorsteher Hans-Gerd Ervens

Große Resonanz fand auch in diesem Jahr der traditionelle Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll. Im festlich geschmückten Porzer Rathaussaal begrüßte der Stadtbezirksvorsitzende **Ingo Jureck** am 21. Januar über 200 Gäste, darunter die Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Rolf Mützenich**, Kölns SPD-Vorsitzenden **Jochen Ott**, die SPD-Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter** und **Marc Jan Eumann** sowie die SPD-Landtagskandidaten **Tayfun Keltek** und **Lisa Steinmann**.

Sie alle waren gekommen, um **Hannelore Kraft** als prominente Gastrednerin zu erleben. Die SPD-Landesvorsitzende hob die Bedeutung der Kommunen für eine gute soziale Entwicklung hervor und sparte nicht an Kritik an der schwarz-gelben Landesregierung, die die Kommunen finanziell allzu oft im Regen stehen ließen.

Stattdessen unterstützte diese lieber die wirtschaftlich sinnlosen Steuergeschenke des Bundes an reiche Erben und Hoteliers und reiße die Kommunen damit noch tiefer in die Schuldenfalle.

Und so fehlten dann die Mittel, um die Strukturen zu verändern. Deswegen sei eine SPD-geführte Landesregierung so wichtig, denn „wir stellen nicht den Markt im Mittelpunkt, sondern den Menschen!“, betonte Frau Kraft unter starkem Beifall des Publikums.



Zu Beginn befragte Moderator Wolfgang Link (Mitte) in einer Talkrunde (v. l.): Willi Stadoll, Simon Bujanowski, Martin Dörmann sowie Jochen Ott, der im Wahlkreis Porz/Kalk-Ost für den Landtag kandidiert

Wie wichtig es sei, nach fünf Jahren die Strukturen in NRW zu erneuern, zeige auch das mangelhafte Zeugnis der Landesregierung beim Thema Bildung. Alle Experten betonen, wie wichtig eine frühkindliche Bildung für die Entwicklung von Kindern sei, hob Hannelore Kraft hervor. „Es ist viel besser, dieses Geld am Anfang zu investieren und damit den Sturz eines Kindes zu verhindern“, betonte sie, menschlich wie auch sozial: „Ich will, dass wir an keiner Stelle ein Kind durch eine falsche Weichenstellung verlieren!“



Für eine falsche Richtung stehe aber die Bildungspolitik der Landesregierung von CDU und FDP: „Kopfnoten, das Desaster beim Turboabitur oder die mangelnde Durchlässigkeit des Schulsystems nach oben – auf neun Kinder die fallen, steigt gerade mal eins auf – zeigen wie wenig die Landesregierung von Bildungspolitik versteht“, hob Kraft hervor.

Ihre Alternative: „Man muss die Kinder mitnehmen, indem man Gemeinschaftsschulen einrichtet, wo Kinder länger gemeinsam lernen können. Auch müssen die Gebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule weg, um die Durchlässigkeit des Systems zu garantieren.“

Kein gutes Haar ließ Kraft auch an der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik von Union und FDP. „Wir müssen wir für die Menschen, die keine Chance auf einen Job auf dem 1. Arbeitsmarkt haben, einen 2. Arbeitsmarkt schaffen. Denn Arbeit schafft Strukturen in Alltag und Würde! Und wir müssen endlich Mindestlöhne einführen, alleine schon um Dumpinglöhne zu verhindern. Denn diese müssen dann vom Staat aufgestockt werden, so dass die Steuerzahler die Gewinne der Unternehmer bezahlen.“ Wie unsozial Schwarz-Gelb sei, bewiese auch die Forderung nach einer Erhöhung der Zuverdienstgrenze. Mittels dieser würden noch mehr Menschen nicht in die Sozialsysteme einzahlen. So werde die Solidarität in unserem Lande noch weiter ausgehöhlt, warnte Kraft. „Das Koalitionsprogramm der Bundesregierung ist eindeutig: Die Parität im Sozialsystem soll aufgehoben werden. Das heißt, alle weiteren Steigerungen erfolgen alleine auf die Schultern der Arbeitnehmer! Um dies zu verhindern muss die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Bundesrat rückgängig gemacht werden. Nur mit einer SPD geführten Landesregierung in NRW kann sichergestellt werden, dass die Solidarität hochgehalten wird und der Mensch im Mittelpunkt steht!“

Nach der fulminanten Rede ging es emotional weiter. Der ehemalige Bezirksvorsteher und SPD-

Fraktionsvorsitzende in der Porzer Bezirksvertretung **Hans-Gerd Ervens**, der nach der letzten Kommunalwahl aus der Bezirksvertretung Porz ausschied, wurde für seine ehrenamtliche Arbeit geehrt. Der Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** würdigte in der Laudatiorede Ervens als eine „hochanständige“ Persönlichkeit, die sich durch das ehrenamtliche Engagement in zahlreichen Vereinen und als „Mann des Volkes“ ausgezeichnet habe. Als Kennzeichen der Wertschätzung verlieh der Bezirksbürgermeister die Ehrenbür-

germeister-Halskette an dem sichtlich gerührten Ervens. In seiner gewohnt trocken-charmanten Art bedankte er sich mit einer – diesmal wirklich recht kurzen – Rede und vergaß dabei nicht, sich bei seiner Frau **Helga** für die langjährige Unterstützung zu bedanken.

Den stimmungsvollen Abschluss des Neujahrsempfangs bildete der Einzug des **Porzer Dreigestirns**, das kräftig Orden verteilte und zum Mitschunkeln einlud.

Impressionen vom Neujahrsempfang der SPD Porz/Poll



SPD-Frühjahrsempfänge

Im Wahlkreis gab es im März die traditionellen Frühjahrsempfänge der SPD, die wieder gut besucht waren und in erster Linie den Gesprächen zwischen Mandatsträgern und Vereinsvertretern dienten. In **Rath/Heumar** berichteten am 14. März Ortsvereinsvorsitzender und BV-Fraktionschef **Oliver Krems**, Bezirksbürgermeister **Markus Thiele**, Landtagskandidat **Jochen Ott** sowie **Mar-**

tin Dörmann aus ihren jeweiligen Politikbereichen. Der SPD-Stadtbezirk **Innenstadt** hatte am 21. März in den Kölnischen Kunstverein „Die Brücke“ geladen. Nach den Reden von Stadtbezirksvorsitzendem **Karl-Heinz Walter**, den Landtagskandidaten **Ingrid Hack** und **Stephan Gatter** sowie **Martin Dörmann** führte Direktorin **Anja Nathan-Dorn** die Besucher durch das Haus.

Wahlkampfhelperfeier in der „Ständigen Vertretung Köln“

In der „Ständigen Vertretung Köln“ feierten am 19. März rund 80 aktive SPD-Wahlkampfhelper/innen einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf und stimmten sich gleichzeitig bereits auf den Landtagswahlkampf ein. Eingeladen hatten **Martin Dörmann** und die beiden Landtagskandidaten **Jochen Ott** und **Stephan Gatter**, MdL. Die atmosphärische Altstadt-Kneipe ist für ihre vielen Politikerbilder berühmt.



Elke Heldt wurde als Wahlkreismitarbeiterin verabschiedet. **Martin Dörmann** dankte ihr für vier Jahre gute Zusammenarbeit und überreichte als Erinnerung eine gebundene Ausgabe der **Berlin Depeschen** aus dieser Zeit



Gut gelaunt: **Jochen Ott**, Wirt **Thomas Ulrich**, **Martin Dörmann** und **Stephan Gatter** (v.l.). Anschließend sorgte Sänger **Björn Heuser** mit kölschen Liedern für Stimmung

Frank Walter Steinmeier kritisiert die schwarz-gelbe „Scheinregierung“

Fraktion vor Ort-Veranstaltung mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Unter dem Titel „Für Wachstum, Arbeit und Teilhabe“ luden die drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten in ihrer Reihe „Fraktion vor Ort“ den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag **Frank-Walter Steinmeier** ein. Im Bürgerzentrum Nippes konnten sie am 11. März über 250 Gäste begrüßen, darunter auch die Landtagskandidaten **Marc Jan Eumann** und **Tayfun Keltek**.



Frank-Walter Steinmeier mit den drei Kölner Bundestagsabgeordneten Karl Lauterbach, Rolf Mützenich und Martin Dörmann

Steinmeier ging mit der schwarz-gelben „Scheinregierung“ heftig ins Gericht. Sie verfolge die Interessen einzelner Lobby-Gruppen und ignoriere dabei das Gesamtwohl der Bevölkerung. Zugleich machte er sozialdemokratische Alternativen deutlich.

Steinmeier betonte, wie wichtig es sei, bei der kommenden NRW-Wahl ein bundespolitisches Zeichen zu setzen und mit **Hannelore Kraft** eine neue Ministerpräsidentin ins Amt zu wählen. Er stellte sich hinter deren Vorschläge für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten von Hartz-IV-Empfänger: „Den Menschen eine sinnvolle Beschäftigung zum Beispiel im sozialen Bereich anzubieten, wenn ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt ansonsten verschlossen bliebe, und diese dadurch vielleicht auch derart zu aktivieren, dass sie wieder auf dem 1. Arbeits-

markt eine Beschäftigung finden, das ist der richtige Weg“, sagte Steinmeier unter zustimmenden Beifall des Publikums.



In der von **Martin Dörmann** moderierten Diskussion ging er auch auf Fragen zur Finanzmarktkrise ein. „**Peer Steinbrück** und ich haben schon letztes Jahr einen umfassenden Reformvorschlag entwickelt, der das Treiben der Spekulanten verhindern und die Finanzmärkte an den durch sie verursachten Kosten beteiligen würde, etwa durch die Einführung einer volumenabhängigen Börsenumsatzsteuer“.



Erfolgreicher Start für den „Dialogkreis Netzpolitik“

Martin Dörmann und Marc Jan Eumann initiierten neue Expertenrunde

Die Bedeutung des Internets und digitaler Medien nimmt immer weiter an Bedeutung zu. Wegen der Vielzahl von grundlegenden und zum Teil kontrovers diskutierten Fragestellungen hat der Deutsche Bundestag inzwischen eine Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt, der auch Martin Dörmann angehört (siehe Seiten 8 ff.).

Vor diesem Hintergrund haben **Martin Dörmann** und **Marc Jan Eumann** als Kölner Abgeordnete, die sich landes- bzw. bundespolitisch schwerpunktmäßig mit Fragen der Medienpolitik befassen, gemeinsam mit anderen Fachleuten eine Gesprächsreihe unter dem Titel „Dialogkreis Netzpolitik“ ins Leben gerufen. In Ergänzung zu anderen Gesprächsangeboten sollen hierdurch hochkarätige Experten und Entscheidungsträger aus Wirt-

schaft, Wissenschaft und Medien angesprochen werden, die im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) tätig sind.

Bereits die Auftaktveranstaltung am 10. März zum Thema „Die digitalen Supermächte: Google, Microsoft und Co.- Mehrwert oder Bedrohung des freien Internets?“ war ein voller Erfolg. Über 60 Experten folgten der Einladungen, zusätzliche Anfragen konnten aus Kapazitätsgründen nicht mehr berücksichtigt werden. Im Anschluss an die Einführungsvorträge von **Ibrahim Evsan**, Gründer von Sevenload, sowie Spiegelredakteur **Martin U. Müller** entwickelte sich eine spannende Diskussion. Die Reihe soll mit vier bis fünf Veranstaltungen pro Jahr fortgesetzt werden.



Das SPD-Team von links nach rechts (mit Wahlkreis):

Jochen Ott (Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar)

Martin Börschel (Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen)

Tayfun Kelttek (Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim)

Lisa Steinmann (Lindenthal)

Ingrid Hack (Rodenkirchen, südliche Innenstadt)

Stephan Gatter (Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördliche Innenstadt)

Marc Jan Eumann (Mülheim)

→ Nähere Informationen zu den einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten standen in der letzten Ausgabe unserer Berlin Depesche (Nr. 57 Januar 2010)

NRW

SPD-Landesparteitag

Hannelore Kraft führt die NRWSPD in die Landtagswahl

Mit 99% wurde **Hannelore Kraft** beim Parteitag der NRWSPD in Dortmund am 26./27. Februar 2010 wieder zur Chefin der nordrhein-westfälischen SPD gewählt, einstimmig war das Ergebnis, als es um die Wahl der Spitzenkandidatin für die am 9. Mai 2010 stattfindende Landtagswahl ging. Damit hat die Partei ihrer Spitzenkandidatin zehn Wochen vor der Wahl demonstrativ den Rücken gestärkt.



Bei der Bestimmung der Landesliste wurde Kölns SPD-Vorsitzender Jochen Ott auf einen vorderen Listenplatz 8 gewählt. Zudem wurde es als einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden bestätigt.

Vor ihrer Wiederwahl hatte die SPD-Landeschefin Hannelore Kraft ihre Partei auf eine harte Wahlkampfauseinandersetzung eingestimmt. Dabei stellte sie die Bildungspolitik und die Überschuldung der Kommunen in den Mittelpunkt ihrer Rede: „Wir haben den Mut, Strukturen zu verändern.“ Am 9. Mai müsse Schluss damit gemacht werden, dass Schwarz-Gelb die Städte und Gemeinden immer weiter ausbluten lasse. 3,1 Milliarden Euro habe die Regierung Rüttgers den Kommunen seit ihrer Regierungsübernahme 2005 weggenommen. Die SPD werde im Falle ihres

Wahlsieges für einen Entschuldungsfonds kämpfen. In der Bildung trat Hannelore Kraft erneut für kostenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule ein. In der neuen Gemeinschaftsschule sollen künftig alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Unter einem Dach sollen dann mehrere Bildungsgänge und Schulabschlüsse möglich sein. An den NRW-Hochschulen soll wieder gebührenfrei studiert werden können.

„Nein zur Kopfpauschale – Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit“ lautete das Motto das der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** auf dem Landesparteitag in Dortmund vorstellte. Mit den geplanten Reformen bei der gesetzlichen Krankenversicherung drohe die Zerschlagung des Gesundheitssystems, sagte Gabriel. Er rief dazu auf, dass von der Entscheidung in NRW ein kräftiges Signal an die Bundesebene ausgehen müsse: „Wir wollen mit einem Regierungswechsel und einer Ablösung von Rüttgers einen Politikwechsel in Berlin einleiten.“



Auf der nächste Seite sind **Eckpunkte des Landtagswahlprogrammes** nachzulesen, das auf dem Landesparteitag beschlossen wurde.

Eckpunkte des SPD-Wahlprogramms zur Landtagswahl am 9. Mai

Unser NRW - Mutig. Herzlich. Gerecht.

Nordrhein-Westfalen steht vor einer wichtigen Entscheidung, vor einer Weichenstellung: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wie schaffen wir wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand, ohne faire Teilhabe und soziale Sicherung preiszugeben? Wie verbinden wir Leistung und Gerechtigkeit? Kurz: Wie gewinnen wir eine gute Zukunft? Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dieses Land gemeinsam mit seinen Menschen über Jahrzehnte erfolgreich gestaltet. Mit Hannelore Kraft werden wir eine Ministerpräsidentin stellen, die als Nachfolgerin erfolgreicher sozialdemokratischer Ministerpräsidenten wie Johannes Rau menschliche, glaubwürdige und nachhaltige Politik wieder möglich macht.

Eckpunkte unseres Zukunftskonzepts

- Wir wollen neue Aufstiegschancen schaffen und Abstiegsängste überwinden: Die Schere zwischen Arm und Reich muss wieder geschlossen werden. Die sozialen Fliehkräfte in unserer Gesellschaft müssen gestoppt werden. Wir wollen die Armut im Lande überwinden, vorrangig die von Kindern.
- Wir wollen die Beste Bildung für alle: Kein Kind darf zurück bleiben. Herkunft und soziale Situation dürfen nicht länger darüber entscheiden, ob ein Kind alle seine Talente und Möglichkeiten entfalten kann. Mehr Menschen müssen einen qualifizierten Bildungsabschluss erreichen. Wir werden Aufstieg über Bildung wieder möglich machen.
- Wir wollen die Integration voranbringen: Wir werden die Bedingungen für das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in unserem Land verbessern, in der Arbeitswelt, der Bildung, beim Wohnen, in der Gesellschaft und bei der politischen Teilhabe.
- Wir wollen unsere Städte, Kreise und Gemeinden stärken, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut und sicher leben können: In einer sozialen Gemeinschaft, in einer intakten Umwelt, mit einem breiten Angebot in Kultur und Sport, bestmöglich geschützt vor Gewalt und Verbrechen.
- Wir wollen die Familien stärken: Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Kein Geld ist so gut angelegt wie das Geld, das wir in Familien, in unsere Kinder investieren.
- Wir wollen ein zukunfts- und leistungsfähiges Gesundheitswesen: Alle müssen die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten, unabhängig von ihrer sozialen Situation und von ihrem Alter.
- Wir wollen Gute Arbeit für alle: Sichere Arbeitsplätze und Löhne, von denen die Menschen leben können. Dafür braucht NRW innovative Unternehmen mit einer qualifizierten und motivierten Belegschaft. Wir sorgen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die im globalen Wettbewerb die Stärken des Standortes Nordrhein-Westfalen nutzt.
- Wir wollen den Klimaschutz zu einem Fortschrittsmotor für unser Land machen: Deshalb stoppen wir den Weg zurück in die Atomkraft, setzen auf erneuerbare Energien und ökologische Modernisierung unserer Industrie. Wir wollen Natur und Umwelt in NRW schützen. Gerade in einem Industrieland mit vielen Menschen brauchen wir Rückzugsräume für Mensch und Natur.
- Wir wollen Sicherheit und Teilhabe für die Älteren in unserem Land erreichen: Länger leben zu dürfen als frühere Generationen ist eine große Chance - wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie selbstbestimmt genutzt werden kann.
- Wir werden das Ehrenamt in unserem Land fördern. Hunderttausende Menschen in NRW arbeiten ehrenamtlich u.a. in Kirchen, Sport-, Schützen-, Heimat- und Karnevalsvereinen, Umweltinitiativen, Elternbeiräten, in der Gemeindefarbeit, der freiwilligen Feuerwehr, in Einrichtungen für Kinder, Ältere, Behinderte. Sie halten unser Land zusammen und sind ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft.
- Wir verteidigen den leistungsfähigen Staat: Wir dürfen die Gestaltung unserer Zukunft nicht dem Markt überlassen. Eine solidarische Gesundheitsversorgung, ein Bildungssystem der gleichen Chancen für alle, Klimaschutz und ökologische Industrialisierung, ein Sozialstaat als Bürgerrecht, der Schutz von Freiheit und Sicherheit - kurzum eine menschenwürdige Zukunft für unser Land - verlangen einen handlungsfähigen Staat. Er muss über ausreichende Finanzmittel verfügen, um seiner gesellschaftlichen Verantwortung im Dienste der Bürger gerecht zu werden.

→ **Das vollständige Programm kann heruntergeladen werden unter:**

www.nrwspd.de/html/23247/welcome/Wahlprogramm.html



Martin Dörmann Mitglied der neuen Enquête-Kommission Internet

Weitere Aufgaben im Unterausschuss Neue Medien, im Beirat der Bundesnetzagentur und in der SPD-Medienkommission

Etliche Monate nach der Bundestagswahl vervollständigen sich die Gremien des Bundestages.

Zu den bereits bekannten Aufgaben von Martin Dörmann (u.a. als **medienpolitischer Sprecher** der SPD-Fraktion sowie als **stellv. Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses**) sind weitere hinzugekommen. So wird er der neuen **Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“** (voraussichtlich als **stellv. Vorsitzender**) und auch wieder dem **Unterausschuss „Neue Medien“** angehören.

Auch außerhalb des Parlamentes hat er Aufgaben übernommen: So bleibt er Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur**. Zudem ist er Mitglied der

Medienkommission beim SPD-Parteivorstand. Dort soll er zukünftig den neuen **„Gesprächskreis Digitale Infrastruktur“** koordinieren.

Martin Dörmann: „Ich freue mich auf die spannenden Aufgaben in den Bereichen Wirtschaft und Medien. Dabei ist mir bewusst, dass gerade die Mitgliedschaft in einer Enquete-Kommission eine zusätzliche zeitliche Herausforderung mit sich bringt, die nicht zu unterschätzen ist. Das gilt umso mehr angesichts der komplexen Fragestellungen, um die wir uns kümmern müssen. Gleichzeitig gilt es, trotz der vielfältigen Verpflichtungen im Wahlkreis präsent zu sein.“

→ Eine Übersicht der Aufgabenschwerpunkte von Martin Dörmann in den Bereichen Wirtschaft und Medien ist auf der letzten Seite abgedruckt

Kurzbeschreibung einiger Gremien, in denen Martin Dörmann Mitglied ist:

Bundesnetzagentur

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen ist die zentrale deutsche Regulierungsbehörde für die gesamte netzgebundene Infrastruktur. Der Parlamentarische Beirat setzt sich aus jeweils 16 Vertretern des Bundestages sowie des Bundesrates (in der Regel die Landeswirtschaftsminister) zusammen und gewährleistet die parlamentarische Kontrolle über die Regulierungsbehörde. Er berät und wirkt bei Entscheidungen der Netzagentur mit.



Die BNetzA kümmert sich um die Einhaltung des Telekommunikationsgesetzes (TKG), Postgesetzes (PostG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie ihrer Verordnungen. Sie gewährleistet somit die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte Telekommunikation, Post und Energie durch einen diskriminierungsfreien Netzzugang und effiziente Netznutzungsentgelte.

→ Nähere Informationen zur BNetzA und dem Beirat:
www.bundesnetzagentur.de

SPD-Medienkommission

Die SPD-Medienkommission, die beim Parteivorstand angesiedelt ist, besteht aus SPD-Medienpolitikern des Bundes sowie der Länder und lädt externe Gäste hinzu, mit denen aktuelle medienpolitische Themen beraten werden. Seit jüngstem umfasst das Gremium drei inhaltliche Säulen: Medienpolitik (verantwortlich: **Marc Jan**

Eumann, MdL als Vorsitzender der Medienkommission), den Themen Netzpolitik und digitale Gesellschaft (Koordination: **Björn Böhning/Lars Klingbeil, MdB**) sowie Digitale Infrastruktur (Koordination: **Martin Dörmann, MdB**).

Enquete-Kommission

Enquête-Kommissionen gehören auf Bundesebene zu den spektakulärsten Einrichtungen der Politikberatung und stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft dar. Sie können gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt werden zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe“. Ihre vornehmliche Aufgabe ist es, als Beratungsgremium für den Deutschen Bundestag Informationen über die Auswirkungen von technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu sammeln und auszuwerten, dem Parlament künftige Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Empfehlungen für politische Entscheidungen zu erarbeiten.

Im Gegensatz zu ständigen Ausschüssen des Bundestages arbeiten in Enquête-Kommission Sachverständige, die nicht dem Bundestag angehören, gleichberechtigt mit Mitgliedern des Bundestages zusammen an einem ihnen vom Bundestag übertragenen Thema. Diese Themen sind in der Regel so komplex und umfassend, dass es nicht möglich ist Bundestagsbeschlüsse zur Regelung dieser Themen allein auf dem „normalen“ Arbeitsweg ausreichend vorbereiten zu lassen. Die Arbeit einer Enquête-Kommission zielt auf die Erstellung eines Schlussberichts, der zur Vorbereitung von konkreten Entscheidungen des Bundestages dient.

→ Nähere Informationen zu Enquete-Kommissionen:
www.bundestag.de

Der Deutsche Bundestag beschloss am 4. März 2010 die Einrichtung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft". Die Kommission wird zusammen mit externen Fachleuten etwa 2 Jahre lang darüber beraten, wie der Gesetzgeber den legislativen Anforderungen der digitalisierten Gesellschaft am besten begegnen kann. 2012 wird die Enquete-Kommission dem Bundestag einen Bericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen.

Der Einsetzungsbeschluss des Bundestages:

I. Ausgangslage

Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei.

Die digitale Gesellschaft bietet neue Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen ebenso wie neue Chancen für die demokratische Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens, für die wirtschaftliche Betätigung und für die Wissensgesellschaft. Die Nutzung dieser Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten gehört längst zum Alltag der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Land. Nun erleben wir eine erneute Veränderung: Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen, denn gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Die Menschen benötigen heute neue Kenntnisse und Fähigkeiten. Dazu zählen beispielsweise die Auswahl, die Einordnung und die Bewertung der nahezu unbegrenzt zur Verfügung stehenden Informationen.

Die Grundrechte und in besonderem Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung müssen geachtet und geschützt werden. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, das Internet als freiheitliches Medium zu schützen. Die Bürger bauen darauf, dass der Rechtsstaat durch Rahmenbedingungen die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sicherstellt. In autoritär geführten Staaten, in denen die klassischen Medien zensiert und staatlich kontrolliert werden, können wir beobachten, welche Chancen das Internet für Demokratie, Meinungsfreiheit und eine unabhängige Berichterstattung birgt.

Für die Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand unserer Gesellschaft.

Verbraucher müssen über ihre Rechte und Pflichten im elektronischen Handel informiert sein. Der Rechtsrahmen muss der digitalen Gesellschaft angepasst sein, um starke Verbraucherrechte zu gewährleisten.

Das Internet führt zu einer tiefgreifenden Veränderung des Medienverhaltens und schafft völlig neue

Die SPD-Bundestagsfraktion hat folgende Abgeordnete für die Enquete-Kommission berufen:

Lars Klingbeil (Sprecher), **Martin Dörmann** (vorgesehen als stellv. Vorsitzender), **Johannes Kahrs** und **Aydan Özoguz** als ordentliche Mitglieder sowie **Elvira Drobinski-Weiß**, **Christian Lange**, **Burkhard Lischka** und **Brigitte Zypries** als stellv. Mitglieder.

Möglichkeiten für den Vertrieb und die Nutzung kreativer Inhalte und künstlerischer Werke. Das Verständnis für die Bedeutung des Urheberrechts zu fördern und geistiges Eigentum zu achten, ist zugleich eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Kinder und Jugendliche, die mit den neuen Technologien des digitalen Zeitalters aufwachsen, nutzen diese anders als die Generation ihrer Eltern. Dennoch müssen sie auf möglichen Gefahren der digitalen Gesellschaft vorbereitet, ihre Fragen beantwortet und zu einem sicherheitsbewussten Verhalten hingeführt werden. Im Jugendschutz sind noch Verbesserungen möglich. Dabei ist uns bewusst, dass die Gefahren für Kinder und Jugendliche durch Verbote oder technische Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden können. Deshalb muss auch die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern gestärkt werden.

Nicht alle können die Chancen der digitalen Gesellschaft gleichermaßen wahrnehmen. Menschen ohne die Möglichkeit und Fähigkeit zur Teilnahme bekommen zunehmend Probleme. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten.

Das Internet macht nicht an Landesgrenzen halt. Vielmehr macht die globale Entwicklung des Internet deutlich, dass es neue internationale Ansätze geben muss, die politischen Fragen der Digitalisierung zu beantworten.

II. Auftrag

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission insbesondere folgende Schwerpunkte - unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren - zu untersuchen:

Kultur und Medien

- Erhaltung und Sicherung von Medien- und Meinungsfreiheit und -vielfalt und der Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit
- Stärkung der Medienverantwortung und Medienkompetenz bei Anbietern und Nutzern
- Folgen der Digitalisierung für den Rundfunk und die Printmedien und die Herausforderungen für die Medien- und Kommunikationsordnung
- Veränderungen der Produktion, Distribution und Nutzung von künstlerischen Werken und kreativen Inhalten
- Maßnahmen zur digitalen Sicherung und langfristigen Archivierung des kulturellen Erbes und seiner Nutzung

Wirtschaft, Umwelt

- Auswirkungen der Entwicklung großer globaler Internet-Konzerne
- Klima-, Umwelt- und ressourcenschonende Gestaltung der Informationstechnik
- Beitrag der Informationstechnik zum Umwelt- und Klimaschutz
- Veränderungen der Arbeitswelt durch neue Medien

Bildung und Forschung

- Verbesserung der Medienkompetenz, Medienerziehung in Schule, Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens
- Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Wissenschaft
- Strategien zur Vermeidung der digitalen Spaltung
- Open Access-Initiativen zum freien Zugang zu den Ergebnissen staatlich finanzierter Forschung
- Weiterentwicklung und Definition offener Standards und Normen, Bedeutung von Open Source, freier Software und Interoperabilität

Verbraucherschutz

- Verbraucherschutzpolitik in der digitalen Gesellschaft und Anforderungen an einen internationalen Verbraucherschutz
- Rechtssicherheit im elektronischen, auch grenzüberschreitenden Handel
- Sicherstellung des Verbraucherschutzes bei missbräuchlichen massenhaften Abmahnungen

Recht und Innen

- Wahrung des Grundrechtsschutzes, insbesondere des Persönlichkeitsrechts
- Zukunft des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung
- Rechtliche und technische Voraussetzungen für Datenschutz und Datensicherheit
- Auswirkungen und Perspektiven neuer Protokolle in digitalen Netzen
- Anonymität, Pseudonymität und Identitätsmanagement im Internet
- Bedeutung der Netzneutralität für eine neutrale Datenübermittlung und einen freien und ungehinderten Zugang zum Internet
- Maßnahmen zum Schutz der Funktionalität kritischer Netzinfrastrukturen
- Bedrohungen durch Computer- und Internet-Kriminalität, -Terrorismus, -Spionage und -Sabotage
- Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums; Entwicklungen des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft
- Jugendschutz in den neuen Medien
- Konsequenzen aus der Konvergenz von Medien- und Telekommunikationsanbietern
- Möglichkeiten und Grenzen der Rechtsdurchsetzung in weltweiten Netzen.

Gesellschaft und Demokratie

- Weiterentwicklung der eGovernment-Dienstleistungen und des eParlament-Angebotes des Deutschen Bundestages
- Open Data-Strategien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen
- Soziologische Auswirkungen der Digitalisierung auf den Einzelnen und die Gesellschaft
- Möglichkeiten für neue Formen der Teilhabe, der Bürgerbeteiligung und Nutzung neuer Partizipationsformen

Als eine Grundlage der Bestandsaufnahme kann der Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung dienen. Eine weitere Grundlage der Bestandsaufnahme können die Berichte der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ der 13. Legislaturperiode sein.

III. Beteiligung

Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in der Arbeit der Kommission einfließen lassen können.

IV. Handlungsempfehlungen

Die Enquete-Kommission soll politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.

V. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören 17 Mitglieder des Bundestages und 17 Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt 6 Mitglieder, die Fraktion der SPD 4 Mitglieder, die Fraktionen der FDP 3, LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN je zwei Mitglieder. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel.

VI. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren und bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der 17. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können. In einem Zwischenbericht sind erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zu einzelnen Teilbereichen der behandelten Themen bis Ostern 2011 vorzulegen.

Moderne Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist moderne Netzpolitik Gesellschaftspolitik und längst kein Nischenthema mehr. Netzpolitik muss gerade im Bundestag in der Mitte der politischen Debatte ankommen. Die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" begreift die SPD-Bundestagsfraktion als Chance, um grundsätzliche und langfristige Fragestellungen mit der Unterstützung von Experten und der interessierten Öffentlichkeit zu beraten und Lösungen zu finden. Die Enquete darf jedoch nicht zur ständigen Ausrede der Regierung werden, um drängende netzpolitische Fragestellungen auf die lange Bank zu schieben.

Alle Fraktionen haben betont, dass die interessierte Öffentlichkeit als 18. Sachverständiger in die Arbeit der Enquete einbezogen werden sollen. Daran müssen sich nun alle Fraktionen messen lassen.

Politisch reicht es nicht aus bewährte offline-Mechanismen eins zu eins in die online-Welt zu

übertragen. Es müssen neue Antworten und Lösungen für drängende Herausforderungen gefunden werden: Eine Weiterentwicklung des Urheberrechts. Eine Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Der gleichberechtigte Zugang zum breitbandigen Internet. Eine Stärkung der Medienkompetenz von Jung und Alt als Schlüsselqualifikation in der Informations- und Wissensgesellschaft. Mehr Transparenz staatlichen Wissens durch Open-Data-Projekte. Die soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt. Und schließlich das Nutzen der Chancen für eine Revitalisierung der Demokratie.

Klar ist: Die Politik hat in den vergangenen Jahren Vertrauen verspielt und Fehler gemacht. Wir strecken die Hand an alle diejenigen aus, die sich seit Monaten und Jahren konstruktiv an der Debatte um digitale Fragestellungen beteiligen und dies auch in Zukunft tun wollen. Die SPD ist bereit für einen netzpolitischen Aufbruch.

Effektive Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet

SPD will konsequentes Löschen und Zugangerschwerungsgesetz aufheben

Bei der Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte ist oberstes Ziel der SPD die Sicherung von Effektivität und Rechtstaatlichkeit. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im letzten Jahr konkrete Vorschläge gemacht, wie der Kampf gegen Kinderpornografie effektiver als heute geführt werden kann. Beispielsweise durch mehr Personal für die Polizei sowie eine bessere internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden.

Im Internet will die SPD das konsequente Löschen einschlägiger Seiten erreichen. Mit dem in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen (Drs. 17/776) setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, dass Internetsperren künftig nicht angewandt werden. Gleichzeitig fordert die SPD-Fraktion die Aufhebung der einschlägigen BKA-Verträge, durch die bereits die Sperrinfrastruktur weitgehend aufgebaut wurde.

Außerdem wollen wir damit den rechtlichen und politischen Wirrwarr innerhalb der schwarz-gelben Koalition beenden. Union und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag in Bezug auf die Sperren eine faktische Aussetzung des Gesetzes für ein Jahr vereinbart und wollen dann weitere Schritte prüfen. Diese merkwürdige Konstruktion ist rechtlich und politisch fragwürdig. Nur die Aufhebung des Gesetzes stellt sicher, dass es nicht angewendet wird.

Fraktionsübergreifend hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Internetsperren wenig effektiv, ungenau und technisch ohne großen Aufwand zu

umgehen sind. Internetsperren leisten somit keinen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderpornographie und schaffen zudem eine Infrastruktur, die von vielen zu Recht mit Sorge gesehen wird.

Deshalb will die SPD-Fraktion eine politisch vertretbare und juristisch tragbare Lösung. Das Prinzip "Löschen statt Sperren" ist richtig und kann schon jetzt auf der Grundlage des bislang geltenden Rechts konsequent angewandt werden. Ein symbolisches Löschesgesetz, wie es die Regierungskoalition offensichtlich plant, ist somit nicht notwendig.

Als die Fraktion innerhalb der Großen Koalition im Juni 2009 dem Gesetz zugestimmt hat, war die Hauptmotivation nicht die Einführung einer Sperrinfrastruktur sondern deren Kontrolle und Begrenzung. Die SPD-Fraktion wollte verhindern, dass die bereits abgeschlossenen Verträge zwischen dem BKA und dem Großteil der deutschen Internetprovider zum Tragen kommen, die keinerlei Schutzvorschriften enthalten. Nur durch eine gesetzliche Regelung konnten wir umfangreiche Datenschutzvorschriften für die Internetuser, eine strenge Kontrolle der vorgesehenen BKA-Sperrliste sowie das Prinzip „Löschen vor Sperren“ wirksam absichern. Wir hatten das Gesetz befristet und explizit die Ausdehnung der Sperren auf andere Zwecke und Inhalte ausgeschlossen.

→ Siehe hierzu auch das Interview mit **Martin Dörmann** in der letzten Ausgabe Nr. 57 der Berlin Depesche

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Zugangserschwerungsgesetz

Zur 1. Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen hielt Martin Dörmann am 25. Februar 2010 als zuständiger Berichterstatter der SPD- Bundestagsfraktion die nachfolgende Bundestagsrede.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor gerade einmal zwei Tagen ist das Zugangserschwerungsgesetz in Kraft getreten. Es regelt das Sperren von Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten. Das Sperren soll dann erfolgen, wenn ein Löschen dieser Seiten nicht in angemessener Zeit erreicht werden kann.

Ich denke, es gibt niemanden in diesem Hause, der das Ziel nicht teilt, kinderpornografische Inhalte nachhaltig aus dem Netz zu entfernen. Wir müssen aber erkennen: Es war ein Fehler, dass die Große Koalition dabei im vergangenen Jahr auch auf das Instrument der Internet-sperren gesetzt hat, wenn auch nur als Ultima Ratio.

Solche Sperren sind technisch leicht zu umgehen. Sie beseitigen nicht die eigentlichen Inhalte und entfalten in erster Linie eine symbolische Wirkung.

Gleichzeitig aber wecken sie bei vielen Menschen die Sorge vor einer Internetsensur.

Auch wenn gerade dies nicht beabsichtigt war, hat die Politik insgesamt einen Verlust an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz erlitten, zumal selbst Unionsmitglieder hinter vorgehaltener Hand oder sogar ganz offen zugeben, dass es der damaligen Familienministerin, Frau von der Leyen, die die Sperren auf die Tagesordnung gesetzt hatte, vor allem um ein populäres Wahlkampfthema ging.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht ihre Mitverantwortung und will hieraus die richtigen Konsequenzen ziehen. Politik muss sich auch korrigieren können.

Aus diesen Gründen bringen wir heute einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, um das Zugangserschwerungsgesetz aufzuheben. Es ist richtig, auf die symbolischen Internetsperren zu verzichten und konsequent auf das Prinzip „Löschen statt Sperren“ zu setzen; denn nur mit dem Löschen der rechtswidrigen Seiten und der konsequenten Strafverfolgung können die kinderpornografischen Inhalte wirksam aus dem Netz entfernt werden.

Die SPD hat stets deutlich gemacht, dass zu einer erfolgreichen Bekämpfung kinderpornografischer Inhalte im Internet eine Vielzahl von Maßnahmen gehören, und hierzu im letzten Jahr einen eigenen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt. Dazu gehören insbesondere eine bessere Ausstattung der Polizei und eine intensive internationale Zusammenarbeit. Denn schließlich sind das Hauptproblem die Seiten auf ausländischen Servern, die nicht direkt von Deutschland aus gelöscht werden können.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie nun zügig und konsequent entsprechende Maßnahmen ergreift. Bisher haben wir zwar viele Ankündigungen gehört, aber nur wenige Taten gesehen.

Immerhin ist zu begrüßen, dass auch die neue Bundesregierung ausdrücklich das Prinzip „Löschen statt Sperren“ anerkennt.

Das muss dann aber auch rechtsstaatlich sauber umgesetzt werden, also durch die Aufhebung des Sperrgesetzes.

Nicht akzeptabel ist das - das sage ich insbesondere an die Adresse der Liberalen, die sich hier jetzt sehr aufregen, worauf sich Union und FDP geeinigt haben, nämlich das Gesetz für ein Jahr faktisch nicht anzuwenden.

Der damit verbundene rechtliche und politische Wirrwarr, den Sie angerichtet haben, muss schnellstmöglich beendet werden. Es geht nicht, dass durch Regierungsanweisung ein Gesetz einfach mal eben ausgesetzt wird. Der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis und viele andere haben das bereits als verfassungswidrig bezeichnet.

Es ist beschämend, dass sich Union und FDP hierfür hergeben, letztlich nur, um einen Koalitionskompromiss hinzubekommen.

Es genügt auch nicht, anzukündigen, demnächst werde man ein Löschgesetz vorlegen. Niemand weiß heute, ob und wann ein solches Gesetz tatsächlich in Kraft treten würde. Eines kommt hinzu: Durch die Ankündigung eines Löschgesetzes und aktuelle Stellungnahmen erweckt die Regierungskoalition den Eindruck, es brauchte ein Gesetz, um solche Seiten zu löschen. Das Gegenteil ist der Fall.

Es ist völlig unstrittig, dass bereits nach bisheriger Rechtslage und ohne ein besonderes Gesetz kinderpornografische Inhalte in Deutschland durch die Internet-provider vom Netz genommen werden müssen.

Das ist im Übrigen übliche Praxis. Ein einfacher Hinweis des BKA genügt in der Regel. Ein Verbreiten solcher Inhalte ist bereits strafbar.

Vor diesem Hintergrund fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Koalitionsfraktionen auf, von jeglichen symbolischen und rechtsstaatlich bedenklichen Handlungen Abstand zu nehmen. Denn das würde den Vertrauensschaden für die Politik nur noch vergrößern.

Mehr als 130 000 Menschen haben sich im vergangenen Jahr der E-Petition gegen das Gesetz angeschlossen. Es hat sich gezeigt, wie gut es war, dass Rot-Grün seinerzeit dieses Instrument neu geschaffen hat. Erst am Montag haben wir in einer Anhörung des Petitionsausschusses, die ich sehr gut fand, mit Frau Franziska Heine, die die E-Petition mit auf den Weg gebracht hat, darüber diskutiert. Der Erfolg der E-Petition hat die Politik offensichtlich stark beeinflusst und insgesamt zu einer neuen Sensibilität für Fragen des Internets beigetragen. Es ist gut, dass inzwischen alle Parteien Netzpolitik zu einem wichtigen Thema erklärt haben. In der nächsten Woche werden wir im Bundestag, die Regierungskoalition zusammen mit den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ auf den Weg bringen.

Die E-Petition hatte übrigens bereits erheblichen Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren im vergangenen Jahr. Mit ihrem Rückenwind konnte die SPD-

Bundestagsfraktion gegen den anfänglichen Widerstand aus der Union entscheidende Verbesserung am damaligen Gesetzentwurf durchsetzen. So wurden wichtige Punkte gesetzlich verankert. Ich nenne nur das Prinzip „Löschen vor Sperren“, eine strenge Kontrolle der BKA-Sperrliste, zahlreiche Datenschutzbestimmungen sowie eine Befristung des Gesetzes.

Uns ging es dabei nicht darum, eine Sperrinfrastruktur aufzubauen, sondern - im Gegenteil - eine sich bereits im Aufbau befindliche Sperrinfrastruktur zu kontrollieren und gesetzlich einzugrenzen. Folgendes wird bis heute in der öffentlichen Debatte viel zu wenig beachtet: Bereits vor dem Gesetz gab es Verträge zwischen dem BKA und den wichtigsten deutschen Internet Providern über die Einrichtung solcher Sperren, und zwar ohne jegliche Kontrolle und mit der Gefahr, dass sich auch jemand, der ungewollt auf illegale Seiten stößt, einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ausgesetzt sehen konnte. Nach den

uns vorliegenden Informationen wurde diese Sperrinfrastruktur bereits vor einiger Zeit umgesetzt, und zwar völlig unabhängig vom Gesetz. Zur Verhütung von Schlimmerem haben wir als SPD-Fraktion uns damals verpflichtet gefühlt, zahlreiche Schutzbestimmungen zugunsten der Internet-User gesetzlich zu regeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SPD-Fraktion geht es heute darum, die netzpolitische Debatte wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Deshalb fordern wir nicht nur die Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetzes, sondern auch die unverzügliche Aufhebung aller einschlägigen BKA-Verträge, die durchaus angekündigt wurde. Lassen Sie uns also klare Verhältnisse schaffen! Sorgen wir dafür, dass die Politik ihre insgesamt verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückgewinnt! Recht und Freiheit im Internet zu sichern, sollten wir als gemeinsame Aufgabe wahrnehmen.

Bundshaushalt 2010

Schwarz-Gelb ohne zukunftsweisendes Konzept

Der Bundestag hat am 19. März 2010 mit den Stimmen der Regierungskoalition den Bundshaushalt 2010 beschlossen. Er zeigt: Die schwarz-gelbe Regierung hat noch immer zu keiner schlüssigen Politik gefunden. Deutschland braucht jetzt eine Politik, die Wachstum und Beschäftigung anschiebt und die Menschen möglichst heil durch die schwere Wirtschaftskrise führt. Doch die Regierung hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihre Klientel und verunsichert die Bürger mit ihren unausgegorenen und unbezahlbaren Projekten einer Steuerreform und einer Kopfpauschale.

Keine Konsolidierungsstrategie

Haushaltskonsolidierung ist trotz entsprechender Beteuerungen des Bundesministers der Finanzen und der Koalition kein vorrangiges Ziel. Der Bundesfinanzminister hat sich geweigert, eine mittelfristige Finanzplanung mit klarer Konsolidierungsstrategie vorzulegen. Zumindest bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen will sich die Regierung wegducken und Grausamkeiten erst danach verkünden. Schwarz-Gelb hat mit 80,2 Milliarden Euro für 2010 die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten.

Ein Teil der Nettokreditaufnahme ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die daraus folgende konjunkturelle Entwicklung bedingt. Die Koalition hat die Neuverschuldung aber bei weitem nicht in dem Umfang abgesenkt, wie es möglich und angesichts der konjunkturellen Entwicklung auch dringend geboten ist. Stattdessen hat sie den Spielraum vorrangig zur Finanzierung von Wahlgeschenken verbraucht, insbesondere für die Begünstigung von Hoteliers und Unternehmen.

Seit der Aufstellung im Dezember haben sich Ausgaben-sätze beim Arbeitsmarkt, bei den Zinsen sowie bei der Steinkohle nochmals ohne jedes Zutun der Regierung um weitere 5,5 Milliarden Euro vermindert. Die schwarz-gelbe Koalition hat es dennoch gerade einmal geschafft, die Neuverschuldung um diesen Betrag abzusenken. Von

Einsparungen kann unter dem Strich also entgegen dem von der Koalition erweckten Anschein keine Rede sein.

Regierungskoalition blockiert Investitionen

Die Koalition hat die Strukturen des Haushaltes gravierend verschlechtert. Zum einen sind die Investitionen um 400 Millionen Euro gekürzt worden, was mit Kofinanzierungen und Drittmitteln einen Nachfrageausfall von rund 1 Milliarde Euro in diesem Schlüsselbereich für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet. Zum anderen sind die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsgesetz pauschal um etwa 4 Milliarden Euro gekürzt worden. Dadurch können entsprechend längerfristig angelegte Aufträge nicht im vollen Umfang vergeben werden und in Einzelfällen sogar große Projekte durch die unsinnige pauschale Kürzung völlig blockiert werden, weil sie nicht mehr durch finanziert sind.

Sperrung von Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik

Während Minister Westerwelle gegen Arbeitsuchende wettet, hat die Koalition 900 Millionen Euro für die Arbeitslosen gesperrt, die durch Fortbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen gerade versuchen, am Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies ist ein zynischer Schlag ins Gesicht der Fleißigen. Die Sperre wirkt faktisch wie eine Kürzung, wenn sie nicht bis spätestens Ende April aufgehoben wird. Wer allerdings glaubt, dass sich die Koalition auf die Entsperrung der Mittel so schnell einigen kann, der unterschätzt die koalitionsinternen Grabenkämpfe völlig. Deshalb wird es ab der zweiten Jahreshälfte zu einem drastischen Rückgang bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommen. Gerade bei Bildungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüssen, Programmen für Jugendlichen oder beim erfolgreichen Programm 50Plus wird es zu Einschnitten kommen. Damit steigt die Arbeitslosigkeit – der Aufschwung hat so keine Chance. Das Nachsehen haben Regionen, die ganz besonders von Arbeitslosigkeit gebeutelt sind.

Eigenes Sparkonzept der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat dagegen ein eigenes Sparkonzept vorgelegt, das die Neuverschuldung auf 77,8 Milliarden Euro absenkt. Dabei sind dennoch auch Schwerpunkte auf der Ausgabenseite gesetzt worden: Für die Entwicklungshilfe haben wir zusätzlich 1,25 Milliarden Euro beantragt, für Maßnahmen der Bildung und Forschung 230 Millionen Euro und zur Entlastung der Gemeinden 400 Millionen Euro (Kosten der Unterkunft).

Unklarer Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands

Der misslungene Sparanlauf der Koalition macht für 2011 und die Folgejahre noch misstrauischer als bisher. Ab 2011 müssen Jahr für Jahr 10 bis 15 Milliarden Euro eingespart werden, um die Regelung der Schuldenbremse und die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. Und nach wie vor verweigert die Koalition den Bürgerinnen und Bürgern jede Auskunft, wie sie diese immense Sparanstrengung erbringen will.

Der völlig unklare Kurs gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen lähmt die Wirtschaftskräfte dieses Landes. Gerade große Unternehmen warten ab und beschränken sich auf reine Erhaltungsinvestitionen – eine gefährliche Entwicklung. Mit ihrer völlig unambitionierten Politik gefährdet diese Koalition auch die Stabilität in der Euro-Zone. Die anderen Länder schauen mit Sorge auf den unklaren Kurs Deutschlands.

Für die Klientel und gegen die Zukunft

Im Umweltbereich streicht Schwarz-Gelb knapp 20 Millionen Euro für das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien und sperrt weitere 115 Millionen Euro - während Minister Röttgen mit diesem Geld den Leitungsbereich seines Ministeriums und seines Büros für zwei Millionen Euro umbaut und einen zusätzlichen Kommunikationschef mit rund 8.000 Euro Brutto im Monat einstellt. Soziale, öffentliche und kulturelle Einrichtungen können also keine klimafreundlichen und CO₂-sparenden Glühlampen mehr kaufen, weil das Ministerium schöner werden soll.

Im Verkehrs- und Bauetat verkündet Minister Ramsauer stets, er wolle mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße bringen - und streicht zugleich mit 64 Millionen Euro etwa die Hälfte der Mittel, die für den Ausbau der Schnittstellen dieser Verkehrswege (sogenannter "Kombinierter Verkehr") vorgesehen sind. Dafür soll nun aber der Transrapid - ein Verlustgeschäft - weiter gefördert, indem die Teststrecke weiter betrieben werden soll - nur zum Nutzen der beteiligten Industrie.

Für die Klientel und gegen die Zukunft war das Leitmotiv der Koalition für die Maßnahmen in den Einzelplänen. Deutschland hätte Besseres verdient.

Unser Land braucht eine handlungsfähige Regierung

In einem Entschließungsantrag haben wir die Bundesregierung nochmals unter anderem aufgefordert:

- Steuersubventionen auf den Prüfstand zu stellen und das unsinnige Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers, das allein 1 Milliarde Euro kostet, zurückzunehmen.
- Die auf 20 Milliarden Euro veranschlagte Einführung eines „Stufentarifs“ in der Einkommenssteuer aufzugeben.
- In der Arbeitsmarktpolitik die Förderung der Menschen, die Arbeit suchen, nicht zu gefährden. Die gesperrten 900 Millionen Euro für die Eingliederung von Arbeitslosen sind sofort freizugeben, damit die Job-Center ihre Angebote jetzt nicht streichen müssen und fortfahren können, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.
- Das Projekt einer unsozialen und ungerechten Kopfpauschale zu beerdigen. Die Zusatzbeiträge sind abzuschaffen, die paritätische Finanzierung ist wieder herzustellen. Die Regierung darf der Explosion der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung nicht tatenlos zusehen, sondern muss endlich insbesondere die steigenden Kosten für Arzneimittel in den Griff bekommen.
- Für die Kommunen ist ein Rettungsschirm zu schaffen, der Städte, Gemeinden und Landkreise wieder so handlungsfähig macht, dass sie ihre örtlichen Aufgaben für die Bürger angemessen erfüllen können.
- In der Finanzmarktpolitik endlich von Betroffenheitsbekundungen zum Handeln zu kommen. Im Rahmen der G20 und in der EU muss die Bundesregierung die Schließung von Steueroasen voranbringen, das international gültige Regelwerk für alle Finanzakteure einschließlich Hedge-Fonds fordern. Sie muss Bonuszahlungen wirksam begrenzen und an den nachhaltigen Unternehmenserfolg binden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich die Sonderabgabe für den Finanzsektor auf den Weg bringen. Sie muss die internationale Finanztransaktionssteuer voranbringen und notfalls eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen.
- Am Atomausstieg gemäß den getroffenen Vereinbarungen festzuhalten. Die erneuerbaren Energien sollen weiterhin auf hohem Niveau gefördert werden, um uns von den konventionellen Energieträgern immer unabhängiger zu machen und auch Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.
- Zukunftsgerichtete Bildungs- und Forschungspolitik ist als Grundlage für die Sicherung des künftigen Wohlstands unseres Landes zu schaffen. Die Bundesregierung muss hier endlich ihrer Gestaltungsaufgabe nachkommen und sich nicht in Ankündigungen verlieren.
- Der Bund hat in gemeinsamer Verantwortung mit Ländern und Kommunen deshalb dafür zu sorgen, dass Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen möglich ist. Dazu gehört auch der weitere Ausbau von Betreuungseinrichtungen.

SPD steht zum veränderten Afghanistanmandat

Der Deutsche Bundestag hat am 26. Februar in namentlicher Abstimmung dem neuen Afghanistan-Mandat mehrheitlich zugestimmt. Das neue Mandat enthält zum ersten Mal den Strategiewechsel hin zu einem Abschluss der Afghanistan-Mission. Die SPD als Ganzes hat in dieser Frage Meinungsführerschaft bewiesen und die politische Diskussion nicht nur in Deutschland geprägt. Viele Partner in Europa haben sich unserem Weg angeschlossen. Es ist der Weg der Verantwortung, der Weg der Verlässlichkeit gegenüber unseren Bündnispartnern und der Weg der Solidarität mit den Menschen in Afghanistan.

Die Bundesregierung hat den Anforderungen der SPD an das neue Mandat weitgehend entsprochen: Die Verstärkung der zivilen Aufbaumittel und der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, der

Beginn des Abzugs deutscher Soldaten ab 2011 und der Abschluss ihres Einsatzes im Einklang mit den Plänen der afghanischen Regierung zwischen 2013 und 2015 wurden aufgenommen (Beschlussempfehlung Drs. 17/816, Antrag Drs. 17/654). In den kommenden 12 Monaten der Mandatslaufzeit prüfen wir, ob die Bundesregierung ihre Zusagen einhält. Das betrifft den Umgang mit der so genannten „flexiblen Reserve“, die nächsten Schritte einer Übergabe beruhigter Regionen in afghanische Sicherheitsverantwortung und die Vorbereitung der Truppenreduzierung. Nach intensiver Diskussion und sorgfältiger Prüfung hat die SPD-Fraktion Verantwortungsbewusstsein gezeigt und dem veränderten Mandat mit großer Mehrheit zugestimmt.

→ **Das SPD-Positionspapier von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier „Zur Dauer und Perspektive des deutschen Afghanistan-Engagements“ ist eingestellt unter:**
www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/02/Afghanistan-Abzugsperspektive-fuer-deutsche-Soldatinnen-und-Soldaten.html?pg=1&y=2010&m=2

Aktuelle Anträge und Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion

Nachfolgend geben wir einen Überblick zu aktuellen Initiativen und Anträgen der SPD-Bundestagsfraktion. Näheres und weitere Anträge sind nachzulesen auf der Homepage: **www.spdfraktion.de**

Lasten der Krise gerecht verteilen

Bislang hat sich die Regierungskoalition mit konkreten Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten zurück gehalten. Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch. Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht. Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt.

Finanztransaktionssteuer einführen und Spekulationen begrenzen

Die SPD hat dazu eine klare und konkrete Gegenposition. Mit zwei Anträgen (Drs. 17/526, 17/527) fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und der Einsetzung präventiver Maßnahmen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung ein-

zusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.

- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Nachhaltige Wirtschaftsstrategie erforderlich

Auch der Jahreswirtschaftsbericht 2010 den die Bundesregierung am 28. Januar im Bundestag vorgestellt hat, zeigt: Es steht uns ein schwieriges Jahr bevor. Nach wie vor glaubt Schwarz-Gelb jedoch an die starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums durch weitere Steuerentlastungen. Aber trotz starker Steuerentlastungen bereits zu Beginn des laufenden Jahres zeigt das Wirtschaftswachstum mit real 1,4 Prozent wie von uns und vielen Experten erwartet, längst nicht die von der Koalition angekündigte Wirkung. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in ihrem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ (Drs. 17/521) ein eigenes Konzept entgegen.

Weichen jetzt richtig stellen

Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Die SPD-Fraktion will nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe. Unser Konzept ist die sozialverantwortliche Alternative zur Rat- und Tatenlosigkeit des Bundeswirtschaftsministers.

Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft

Das Hauptaugenmerk der SPD liegt darin, eine neue Investitionskultur zu schaffen. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage.

Die Hauptforderungen der SPD sind:

- Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.
- Gleichmaßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stär-

kung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.

- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.
- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

Mit Schwarz-Gelb droht wirtschaftlicher Stillstand

Nach wie vor setzt die Bundesregierung auf weitreichende zusätzliche Steuerentlastungen „möglichst zum 1. Januar 2011“. Gleichzeitig will sie ab 2011 die neue Schuldenregel einhalten und den Bundeshaushalt grundlegend konsolidieren.

Bundesregierung und Regierungskoalition glauben und pflegen immer noch ihre Lebenslüge, dass massive Steuerentlastungen zwangsläufig ein rasant wachsendes Wirtschaftswachstum auslösen - ein Unsinn, für den jegliche Empirie und ernsthafte Unterstützung durch Experten fehlt. Zudem zeigt ein Blick in die Geschichte der 80er und 90er Jahre, dass derartige Konzepte misslingen. Ansonsten steht bezogen auf die konkrete Ausgestaltung der Steuerentlastungs- und Konsolidierungspläne der Bundesregierung auch im Jahreswirtschaftsbericht 2010 nichts Neues.

Positionen der SPD-Fraktion zu Wachstum, Arbeit und Teilhabe

Die SPD-Bundestagsfraktion hat während ihrer Klausurtagung am 15. Januar ein eigenes Konzept für nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe entwickelt. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung von privaten und öffentlichen Investitionen. Das vollständige Positionspapier kann heruntergeladen werden unter:

→ www.spdfraktion.de/soziale-spaltung-bekaempfen

Neues arbeitsmarktpolitisches Gesamtkonzept

SPD will Fairness auf dem Arbeitsmarkt sicherstellen

Die SPD will mit grundlegenden Reformen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Die Begrenzung von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro und ein sozialer Arbeitsmarkt sollen für mehr Gerechtigkeit sorgen, die Würde der Menschen sichern und das Ziel von Vollbeschäftigung verfolgen. "Wir brauchen eine neue Kultur der Arbeit", heißt es in dem Präsidiumsbeschluss.

Mit einem arbeitsmarktpolitischen Gesamtkonzept hat die SPD am 15. März 2010 einen Gegenentwurf vorgelegt zu den Hartz-IV-Thesen Guido Westerwelles und der Aufstocker-Logik Jürgen Rüttgers¹. In einem zwölfseitigen Beschluss skizziert das Parteipräsidium detailliert Vorschläge für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Dabei setzt sich die Partei auch selbstkritisch mit Fehlentwicklungen aus den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung auseinander – beispielsweise bei der Leiharbeit oder auch bei der Vermögensanrechnung von Arbeitslosengeld II-Empfängern. Gemeinsam mit **Olaf Scholz** stellte der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** das Konzept in Berlin vor.

Arbeit muss sich lohnen

Im Kern geht es darum, den Trend auf dem Arbeitsmarkt weg von sozialversicherungspflichtiger und Existenz sichernder Beschäftigung zu stoppen. Deutschland dürfe nicht zu einer Transfergesellschaft werden, wie sie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers vertrete, warnte Gabriel. "Wir wollen bei der Arbeitsgesellschaft bleiben." Eine klare Absage erteilt die SPD dem Ansatz, das Lohnabstandsgebot durch Kürzungen in der Grundsicherung vorzunehmen, wie es die FDP will. Dies sei schon verfassungsrechtlich nicht machbar, betonte der SPD-Vorsitzende. Darum macht sich die SPD für einen gesetzlichen Mindestlohn stark und unterstützt den Deutschen Gewerkschaftsbund in seiner Forderung nach 8,50 Euro für die Lohnuntergrenze.

Leiharbeit begrenzen

Leih- und Zeitarbeit müsse zudem wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden. Denn sie habe sich – auch durch Tarifverträge mit neu entstandenen "Scheingewerkschaften" – weniger zu einem Instrument der Flexibilität entwickelt als viel mehr zur Lohnrückerei. Darum will die SPD die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in den Entleihbetrieben stärken und den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" durchsetzen. Die

betriebliche Mitbestimmung soll darüber hinaus auch in anderen Unternehmen ausgebaut werden.

Neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose

In einem ausgebauten sozialen Arbeitsmarkt will die SPD Langzeitarbeitslosen, die wegen starker Vermittlungshemmnisse derzeit kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, neue Perspektiven geben. 200.000 neue Beschäftigungsverhältnisse sollen geschaffen werden. Als Prinzipien gelten, dass keine reguläre Beschäftigung dadurch vernichtet wird, dass die Lohnhöhe sozialversicherungspflichtig sein soll und die Hilfebedürftigkeit des Arbeitssuchenden ausschließt sowie dass die Annahme eines solchen Angebots freiwillig ist.

Qualifizierung verlängert Arbeitslosengeld I-Bezug

Wichtige Verbesserungen schlägt die SPD zudem beim Arbeitslosengeld vor. Der Anspruch auf das Arbeitslosengeld I soll demnach bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen auf bis zwölf Monate verlängert werden. Wegen des hohen bürokratischen Aufwands und auch um die Lebensleistung jedes Einzelnen zu honorieren fordert die SPD die Abschaffung der Vermögensprüfung beim Arbeitslosengeld II. In den kommenden Wochen will die Partei außerdem prüfen, wie die zunehmende Zahl an freiberuflich Tätigen, beispielsweise Künstler, Selbständige oder Subunternehmer in die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere Alterssicherung, einbezogen werden können.

Scholz: Arbeitslosigkeit ist "moralische Katastrophe"

Nach drei Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit drohe in den kommenden Jahrzehnten sowohl ein Fachkräftemangel bei gleichzeitig ebenfalls hoher Arbeitslosigkeit, mahnte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Olaf Scholz bei der Vorstellung des Papiers. Darum müssten insbesondere auch in den Bereich Bildung und Qualifizierung mehr Anstrengungen unternommen werden. "Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftliches und auch ein individuelles Problem", mahnte Scholz. "Es ist auch eine große moralische Katastrophe." Die vorgelegten Thesen, die jetzt in der Partei aber auch mit Gewerkschaften, Unternehmen und Sozialverbänden diskutiert werden sollen, seien eine "konsequente Weiterentwicklung unserer Politik, die auch Korrekturen vornimmt".

Endgültig beschlossen wird das arbeitsmarktpolitische Konzept auf dem SPD-Parteitag im September.

→ **Das gesamte Arbeitskonzept ist zu finden unter:**

www.spd.de/de/pdf/100315_beschluss_arbeitsmarkt.pdf

Arbeitsprogramm des SPD-Parteivorstandes

Der SPD-Parteivorstand hat im Januar sein Arbeitsprogramm für das Jahr 2010 beschlossen. In der Weiterentwicklung ihrer Programmatik geht die Partei dabei mit der Etablierung von "Zukunftswerkstätten" neue Wege und sucht den engen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern. Einen weiteren Schwerpunkt setzt die SPD im Bereich Europa und internationale Politik. Und es wird um innerparteiliche Reformen sowie um Dialogstrukturen des Parteivorstandes gehen.

"Zukunftswerkstätten"

In "Zukunftswerkstätten" wird die SPD auf allen Ebenen gemeinsam mit Experten und vor allem mit Bürgerinnen und Bürgern Politikentwürfe in zentralen gesellschaftlichen Bereichen erarbeiten. Dabei geht es um eine kritische, auch selbstkritische, Debatte mit möglichst vielen Partnern.

Die Zukunftswerkstätten sind kein Gremium, sondern ein Prozess, in dem unterschiedliche Methoden und Instrumente zur Anwendung kommen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bürgerinnen und Bürger als "Experten in eigener Sache". Koordiniert wird jede Zukunftswerkstatt durch eine Steuerungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion sowie der Arbeitsgemeinschaften und Foren. Sie bereiten

auch inhaltliche Impulse für den auf zwei Jahre angelegten Diskussionsprozess vor. Im Verlauf des kommenden Jahres sollen die Arbeitsergebnisse dem ordentlichen Parteitag 2011 als weiterentwickelte Programmatik zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Parteireform und neue Dialogformen

Außerdem will die SPD im laufenden Jahr eine Parteireform erarbeiten mit dem Ziel, die Kampagnenfähigkeit in und außerhalb von Wahlkämpfen zu erhöhen, die Arbeit von Mandatsträgern stärker zu unterstützen und die Beteiligungsmöglichkeiten von Mitgliedern auszubauen – unter anderem durch regelmäßige Befragungen, Mitgliederentscheide und Urwahlen. Die Dialogstrukturen in der gesamten Partei sollen zudem so weiterentwickelt werden, dass sie, unabhängig der Arbeit in den Zukunftswerkstätten, offen sind für alle, die an progressiver sozialdemokratischer Politik interessiert sind. Diskussionen in kleinen Zirkeln und in geschlossenen Räumen reicht nicht, so die Überzeugung. "Wir wollen das demokratische Gespräch auch dort suchen, wo es täglich stattfindet: im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Ein Schwerpunkt der kommenden Zeit werden solche konkreten Begegnungen vor Ort sein", heißt es im Arbeitsprogramm 2010 der SPD.

→ **Das gesamte Arbeitsprogramm ist zu finden unter:**
www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2010/01/Arbeitsprogramm-2010-

SPD-Unterschriftenkampagne gegen die geplante Kopfpauschale

„Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle“

Die SPD setzt sich mit einer Unterschriftenkampagne „NEIN zur Kopfpauschale! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!“ gegen die Zerschlagung eines solidarischen Gesundheitssystems ein.

Mit Regierungsübernahme hat die schwarz-gelbe Bundesregierung einen Angriff auf unser solidarisches Gesundheitswesen gestartet. Ihr Ziel: Die – Jahrzehnte lang bewährte – solidarische Krankenversicherung, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam tragen, soll durch eine unsoziale Kopfpauschale abgelöst werden.

Verlierer werden Millionen von gesetzlich Versicherten sein, die weniger medizinische Leistungen erhalten werden und dafür noch auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen sind. Gewinner sind gut verdienende Privatversicherte, die sich aus der gesellschaftlichen Solidarität verabschieden.

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Die SPD setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der

alle solidarisch füreinander eintreten. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition ab. Die Kopfpauschale hat Schwarz-Gelb bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Alle Versicherten sollen den gleichen Betrag bezahlen, unabhängig von ihrem Einkommen. Besonders belastet werden die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen sowie Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner. Die Union kehrt damit unmissverständlich zu ihrem marktradikalen Kurs des Leipziger Bundestageparteitags von 2003 zurück.

- Die Kopfpauschale ist ungerecht, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird. Die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen tragen weniger bei.
- Sie macht einen sozialen Ausgleich nur noch durch Bittstellerei beim Staat möglich.
- Und sie führt dazu, dass gute medizinische Leistungen nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein werden.



Informationen zur Kampagne: www.spd.de/petition/NeinzurKopfpauschale/index.html

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind frühere Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite).

Vorgestellt: Florian Pronold

Vorsitzender der SPD Bayern und stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Biografie

Geboren am 28 Dezember 1972 in Passau; ledig.

Beruflicher Werdegang

Nach dem Abitur, von 1992-1995 Ausbildung zum Bankkaufmann und anschließende Tätigkeit bei der Sparkasse Deggendorf. Von 1995-2002 Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg; erstes juristisches Staatsexamen 2000. Nach Ableistung des Referendariats 2002 erfolgreicher Abschluss des zweiten Staatsexamen und seitdem als Rechtsanwalt zugelassen. Seit 2002 Mitglied des Bundestages.

Politischer Werdegang

Seit 1989 Eintritt in die SPD und Neugründung der Juso-AG Deggendorf, Wahl zum Sprecher.

1991/1992 Juso-Bezirksvorsitzender Niederbayern, Wahl zum stellv. SPD-Ortsvorsitzenden in Deggendorf, und in den SPD-Bezirksvorstand Niederbayern

1993 Wahl zum damals jüngsten Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Bayern.

1995 Wahl zum stellvertretenden Juso-Landesvorsitzenden.

seit 1996 Stadtrat in Deggendorf.

1999-2004 Vorsitzender der Jusos.



seit 1999 Mitglied des Landesverbandes der BayernSPD.

seit 2002 Mitglied im Präsidium der BayernSPD.

2004-2009 Stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Finanzen.

2004-2009 Stellvertretender Landesvorsitzender der BayernSPD.

seit 2005 Kreisrat in Deggendorf.

seit 2006 Vorsitzender der Landesgruppe Bayern in der SPD-Fraktion und Mitglied des Fraktionsvorstands.

seit 2007 Mitglied des Parteivorstands der SPD.

07/2009 Landesvorsitzender der BayernSPD.

seit 10/2009 Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

seit 11/2009 Mitglied des Präsidiums der SPD.

10 persönliche Fragen an Florian Pronold

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?

Willy Brandt.

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?

Papst Benedikt, um mit ihm über die neue Sozialenzyklika zu sprechen.

3. Deine liebsten Urlaubsziele?

Kuba.

4. Deine Leidenschaften?

Bücher.

5. Dein politisches Leitmotiv?

„Liaba bäs ois bled“ (deutsch: Lieber böse als blöd)

6. Dein Lieblingsfilm?

Harold and Maude

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Salsa.

8. Wen oder was nimmst Du mit auf eine einsame Insel?

Zur Strafe denjenigen, der sich diesen Fragebogen ausgedacht hat.

9. Deine Lieblingsbücher?

Viel zu viele, aber zur Zeit Werke von Bertolt Brecht.

10. Über wen lachst Du am liebsten?

Über niederbayerische Kabarettisten, wie meinen Azubi-Kollegen Django Asül, oder Otfried Fischer und Bruno Jonas.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied in der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiter*team

Stefan Stader (Büroleiter)
Dr. Marc Drögemöller
Anja Möbus

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo. – Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiter*team

Tim Cremer
Assen Kochev
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Di. – Fr.: 10 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02

Mitarbeiter

Marco Pagano
Öffnungszeiten
Mo. – Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12-15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach
Öffnungszeiten
Mo. – Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2010

Die 3., 4., 6., 8., 9., 11., 12., 16., 18., 20., 23., 24., 26., 27., 37., 39., 40., 43., 45., 47., 48. und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantw.),
Assen Kochev,
Anja Möbus

BILDNACHWEIS

Büro Martin Dörmann (S. 4, 5), Jury Jania (3, 4), SPD-Landesverband NRW (6 u., 7), Stephan Petrat (6 o.)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

